

# Sozioökonomische Determinanten von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung

*Guido Tiemann*

## 1 Einleitung

Die Europäische Integration galt als ein nahezu entpolitisertes Thema. Ein »permissive consensus«, so Lindberg und Scheingold (1970), sorgte dafür, dass technokratische und politische Eliten stets weitere Integrations Schritte der Europäischen Union konzipieren und umsetzen konnten.<sup>1</sup> Die politischen Öffentlichkeiten dagegen verfolgten die Integration Europas nur als ein sekundäres Thema, sie akzeptierten die integrationsorientierten Politiken ihrer jeweiligen Regierungen oder nahmen sie mindestens hin. Jedoch haben Lindberg und Scheingold (1970: 274) bereits frühzeitig auf die potenziellen Grenzen ihres Befundes hingewiesen: »if the community were to broaden its scope or increase its institutional capacities markedly ... there [would] be reason to suspect that the level of support or its relationship to the political process would be significantly altered«.

Beide Faktoren, die Erweiterung und die institutionelle Transformation von den Gemeinschaften hin zur Europäischen Union, können eine Erosion des »permissiven Konsenses« begründen und sie sind heute Teil der empirischen Realität eines erweiterten und vertieften Integrationsprojekts. Die Europäische Union ist in nahezu allen Politikfeldern ein sichtbarer, einflussreicher und deshalb umstrittener Akteur geworden. Chronisten der europäischen Integration verorten den Umschlag vom »permissiven Konsens« hin zu verschiedenen Varianten von Kritik am »Projekt Europa«, die Hooghe und Marks (2008) als »constrainting dissensus« etikettiert haben, etwa im Kontext der Verhandlung und Ratifizierung des Vertrags von Maastricht und führen eine Reihe von Indizien für ihre Diagnose an:

---

<sup>1</sup> Zur Vereinfachung der Terminologie verwende ich im Folgenden stets den Begriff »Europäische Union«, auch wenn ich mich auf die Zeit vor Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht beziehe.

- In den frühen Neunzigerjahren sank die Zustimmung zur Europäischen Union in den meisten Mitgliedstaaten teils dramatisch und stagniert seitdem auf einem geringen Niveau.
- Parallel dazu setzte ein Trend zur Politisierung der europäischen Integration ein, und parteipolitische Akteure, besonders solche auf der extremen Linken und Rechten, formulierten teils scharfe Kritik an der neoliberalen Architektur des Binnenmarktes und/oder am Transfer nationalstaatlicher Souveränität auf die europäische Ebene.
- Das Verhalten der politischen Öffentlichkeiten begann sukzessive die neue Konjunktur des Euroskeptizismus zu reflektieren, etwa bei den Referenden zum Vertrag von Maastricht in Dänemark, zum Vertrag von Nizza in Irland und zum Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden.

Dieser Beitrag beschäftigt sich nicht mit den konkreten Politiken der europäischen Integration an sich (vgl. hierzu zum Beispiel die Beiträge von Höpner/Schäfer, Scharpf und Schmidt in diesem Band), sondern mit der Bewertung ihrer sozioökonomischen Dimension durch die Bürger der Mitgliedstaaten. In seinem Zentrum stehen deshalb erstens die Diskussion und empirische Prüfung sozioökonomischer Erklärungsansätze für Bewertungen des Integrationsprozesses und ihre kritische Abwägung mit alternativen Erklärungsstrategien. Zweitens wird die Kontextabhängigkeit dieser Erklärungsstrategien systematisch beachtet: Die sozioökonomischen Konsequenzen von Europäisierungsprozessen unterscheiden sich zwischen unterschiedlichen Individuen und verschiedenen Kontexten. Wird etwa die europäische Integration als ein Projekt der Marktliberalisierung verstanden, betreffen ihre Wirkungen verschiedene Personen in den Mitgliedstaaten der Union auf sehr unterschiedliche Weise (vgl. etwa Brinegar/Jolly 2005; Brinegar et al. 2004; Gabel 1998).

Die folgende Analyse führt teils alternative und teils komplementäre Erklärungsansätze in einem Mehrebenenmodell zusammen, das Einflussfaktoren auf der Individualebene und ihre Einbettung in die jeweiligen sozioökonomischen, institutionellen und die übergreifenden zeitlichen Kontexte der Mitgliedstaaten aufgreift. Dabei wird gezeigt, dass die Herausbildung integrationsorientierter oder euroskeptischer Einstellungen nicht allein durch die Eigenschaften der Individuen begründet, sondern wesentlich durch die Kontexte nationaler »Varieties of Capitalism« (Hall/Soskice 2001) mitbestimmt wird. Die Bürger bewerten erstens die erwarteten Kosten und Nutzen der europäischen Integration vor dem Hintergrund nationaler sozioökonomischer Institutionen. Zweitens werden diese Bewertungen und Präferenzbildungen an nationalen Kontexten gebrochen, wenn sie nicht pauschal durch linke oder rechte Policy-Präferenzen vorgegeben werden, sondern davon abhängen, was links und rechts im jeweils nationalen

Kontext konkret bedeuten und in welcher Relation die auf europäischer Ebene formulierten Politiken zum jeweils nationalen Status quo stehen.

Diese Überlegungen begründen den folgenden Aufbau der Darstellung: Zunächst wird die europapolitische Orientierung der Bürger gleichermaßen im Längs- wie im Querschnitt der EU-15 vermessen und überblickartig skizziert (Abschnitt 2). Die folgenden Ausführungen präsentieren wesentliche Erklärungskonzepte auf der individuellen Ebene (3) und ihre Einbettung in die verschiedenen sozioökonomischen und institutionellen Kontexte der einzelnen Mitgliedstaaten (4). Die empirische Analyse führt diese unterschiedlichen Argumente zusammen und prüft Hypothesen auf den hierarchisch geordneten Ebenen des Modells, der Individualebene, der nationalen Ebene und der übergreifenden zeitlichen Dynamik (5). Ein kurzes Fazit schließt die Darstellung ab und diskutiert Möglichkeiten und Grenzen der vorgetragenen Erklärungsansätze für die Bewertung weiterer Integrationsschritte (6).

## 2 Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung

Die empirische Untersuchung der »Unterstützung« für ein politisches System gehört zu den Kerngebieten der politischen Kulturforschung. Die Integrationsforschung kann diesen Ansatz adaptieren und auf die Europäische Union anwenden, die zwar alle Definitionsmerkmale eines politischen Systems, jedoch keine genuine Staatlichkeit aufweist (vgl. zu den Kriterien Almond 1956; Easton 1965). Dennoch hängt mindestens seit der Erosion des »permissiven Konsenses« und der umfassenden, konfliktiven Politisierung des Integrationsprojekts auch die Zukunft der Europäischen Union von der Akzeptanz und Unterstützung durch die Bürger ihrer Mitgliedstaaten ab.

Das Konzept »politische Unterstützung« zerfällt bei David Easton (1965: 171–225) in zwei wesentliche Komponenten: (1) Spezifische Unterstützung bezieht sich auf die eher kurzfristige, instrumentell-rationale Bewertung des politischen Prozesses und seiner Resultate, (2) diffuse Unterstützung charakterisiert dagegen langfristiges, affektives und wertgebundenes Vertrauen. Easton (1975: 437) betont die vielfältigen Querverbindungen beider Unterstützungsorientierungen. Überträgt man sein Modell auf die Europäische Union, können etwa fortgesetzt positive utilitaristische Bewertungen des Integrationsprojekts »gerinnen« und eine affektive Bindung an das Projekt Europa und eine europäische politische Gemeinschaft erzeugen, wenn spezifische in diffuse Unterstützung umschlägt. *Vice versa* beschädigt auch die stetig negative utilitaristische Bewertung des Integrationsprozesses die langfristigen Grundlagen des affektiven Ver-

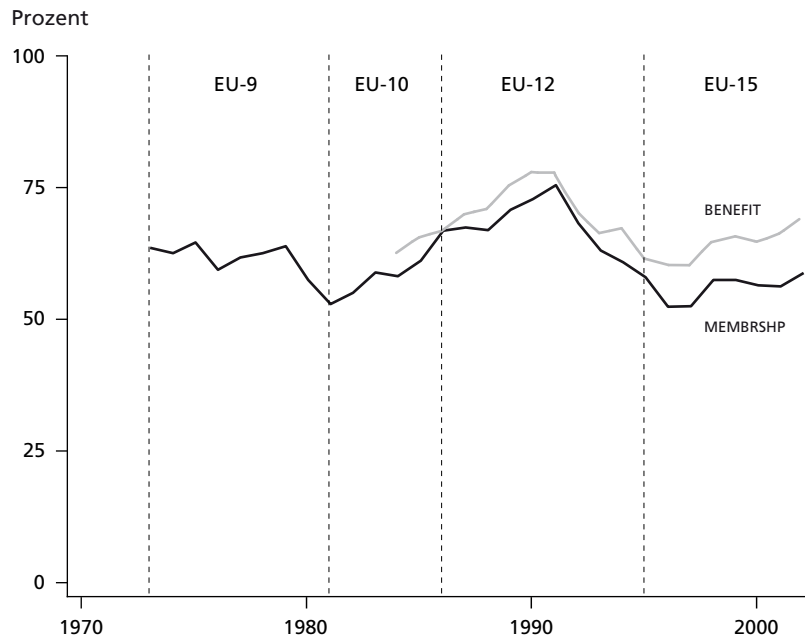
trauens: »if discontent with performance continues over a long time, it may gradually erode even the strongest underlying bond of attachment« (Easton 1975: 445).

Akzeptiert man das von Easton (1965, 1975) eingebrachte Konzept der politischen Unterstützung, können zwei Erklärungen für den Einbruch integrationsorientierter und die Konjunktur euroskeptischer Positionen formuliert werden. Einmal betreffen utilitaristische Bewertungen europäischer Policies direkt die spezifische Unterstützung für das Integrationsprojekt und seine institutionelle Form, die Europäische Union. Zweitens verändern Erweiterung und Vertiefung unmittelbar die Struktur der Europäischen Union. Sie wirken auf die Grundstruktur des Integrationsprozesses und damit auf die Determinanten diffuser Unterstützung. Die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten hat sukzessive die ökonomische und soziale Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union erhöht und den Status quo der Verteilungslogiken, Zahlungen und Transfers wesentlich verändert, teils sogar umgekehrt. Das Ausgreifen der Unionspolitiken über die unmittelbare Marktregulation hinaus hat zudem die Kompetenzen der Europäischen Union sichtbar und nachhaltig ausgeweitet und oft kontroverse Zuständigkeiten in neuen Politikfeldern begründet.

Empirische Untersuchungen zur Unterstützung der europäischen Integration oder der Europäischen Union sind regelmäßig auf Umfragedaten angewiesen, und systematische, akkumulierte Daten werden allein durch die Eurobarometer-Studien erhoben, die seit 1973 mindestens zweimal jährlich im Auftrag der Kommission in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden (vgl. zum Eurobarometer Schmitt 2003). Der »Mannheim Eurobarometer Trend File« (ZA3521; 1970–2002) fasst wiederkehrende Fragen der einzelnen Wellen in einem aggregierten Datensatz zusammen (vgl. Anhang A.1). Ununterbrochene Zeitreihen zur politischen Unterstützung des Integrationsprojekts können besonders aus zwei regelmäßig erhobenen Fragen des kumulierten Eurobarometer-Datensatzes abgeleitet werden:

1. *Die Bewertung der Mitgliedschaft* [MEMBERSHIP; 1973–2002]:  
Generally speaking, do you think that <YOUR COUNTRY'S> membership in the European Community (Union) is  
(1) a good thing, (2) neither good nor bad, (3) a bad thing.
2. *Der Nutzen der Mitgliedschaft* [BENEFIT; 1984–2002]:  
Taking everything into consideration, would you say that <YOUR COUNTRY> has on balance benefitted or not from being a member of the European Community (Union)  
(1) benefitted, (2) not benefitted.

Abbildung 1 Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung in der Europäischen Union



Die Zeitreihen geben den Anteil derjenigen Befragten in allen Mitgliedstaaten an, die (1) die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für »eine gute Sache« halten [MEMBRSHIP; schwarze Linie] und (2) der Auffassung sind, ihr Land habe von der Mitgliedschaft profitiert [BENEFIT; graue Linie].

Diese Fragen beziehen sich konzeptionell auf die spezifische Unterstützung der Europäischen Union. Abbildung 1 dokumentiert aggregierte Daten zur Unterstützung (den Anteil der Befragten, die aussagen, die EU-Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes sei »eine gute Sache« [MEMBRSHIP] beziehungsweise ihr Land habe von der Mitgliedschaft »profitiert« [BENEFIT]). Beide Fragen belegen empirisch sehr ähnliche Einstellungen, und diese Einschätzungen bleiben im gemeinsamen Zeitverlauf (1984–2002) nahezu kongruent. Mit Beginn der verfügbaren Zeitreihen in den frühen Siebzigerjahren werden die europäische Integration und ihre institutionelle Form, die Europäische Union, von kaum mehr als fünfzig Prozent der befragten Bürger unterstützt, und infolge der ökonomischen Krisen der Dekade erodierte die politische Unterstützung weiter. Erst in den Achtzigerjahren setzte, im Kontext der neuen Dynamik des Integrationsprojekts, ein kontinuierlicher Aufwärtstrend ein, der im Vorfeld des

Vertrags von Maastricht seinen Höhepunkt erreichte. Direkt darauf stürzte mit der »Post-Maastricht-Krise« die politische Unterstützung des Integrationsprozesses schroff ab und stagniert seit Ende der Neunzigerjahre auf eher mäßigem Niveau. Dennoch liegt auf der Aggregatebene die pauschale Zustimmung zur Europäischen Union nicht unterhalb des Niveaus der frühen Achtzigerjahre, sodass allein dieser deskriptive Befund noch nicht hinreicht, eine vollkommen neuartige Konjunktur des Euroskeptizismus zu diagnostizieren.<sup>2</sup>

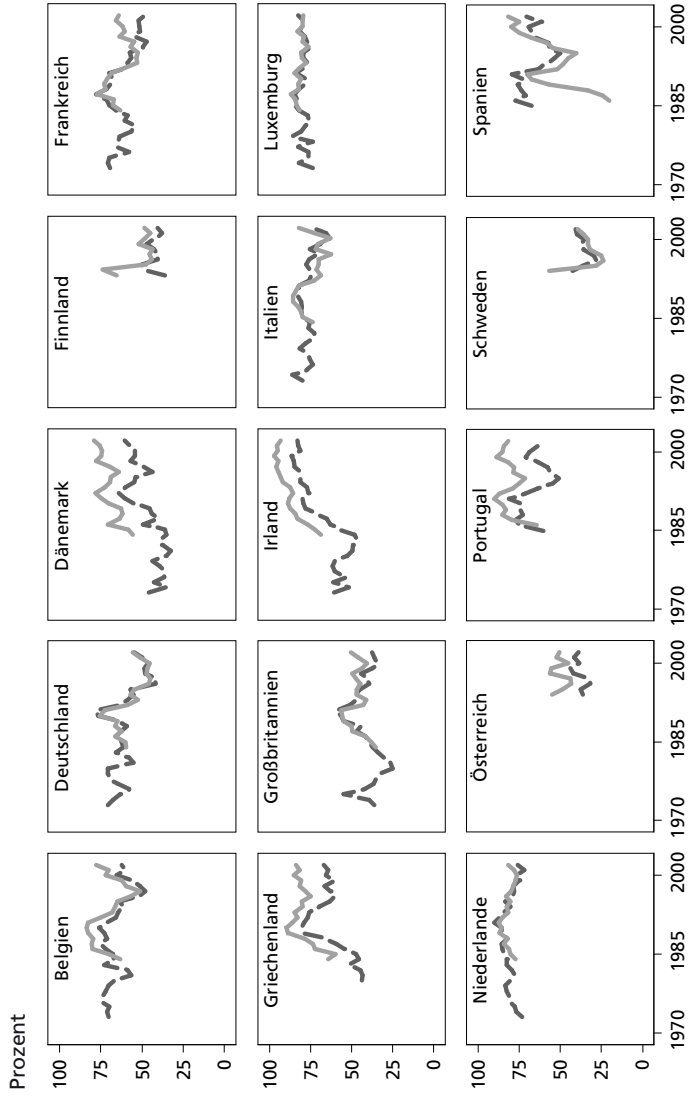
Abbildung 2 bricht die empirischen Angaben zu Integrationsunterstützung oder Euroskeptizismus auf die Länderebene herunter. An den einzelnen Grafiken kann wieder die weitgehende Entsprechung von MEMBERSHIP und BENEFIT abgelesen werden. Innerhalb der Vergleichsstaaten verlaufen beide Graphen nahezu kongruent, und die wenigen wesentlichen Abweichungen beider Indikatoren, die in der Phase unmittelbar nach dem EU-Beitritt Spaniens und Finnlands auftreten, werden im weiteren Verlauf der Mitgliedschaft eingeebnet. Ein Vergleich der Ländergrafiken in Abbildung 2 verweist darüber hinaus auf die erhebliche Heterogenität des Unterstützungsniveaus zwischen den Mitgliedstaaten. Einige Staaten weisen über den gesamten Zeitraum von 1973 bis 2002 eine ausgeprägte und stabile Integrationsunterstützung auf, etwa Italien, Luxemburg, die Niederlande und, mindestens seit Beginn der Neunzigerjahre, Irland. Einige weitere Staaten nehmen auf dem Kontinuum von Integrationsunterstützung bis hin zum Euroskeptizismus mittlere oder sehr wechselhafte Positionen ein, zum Beispiel Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland und Spanien. Schließlich weist die öffentliche Meinung einiger weiterer Mitgliedstaaten manifeste und stabile euroskeptische Orientierungen auf. Neben Großbritannien gehören besonders die Staaten der »zweiten Norderweiterung«, Finnland, Österreich und Schweden, in diese Gruppe.

Schließlich kann an Abbildung 2 abgelesen werden, dass nicht nur das generelle Unterstützungsniveau heterogen ist, sondern auch die zeitlichen Entwicklungen von Integrationsunterstützung und Euroskeptizismus sich über die nationalen Kontexte hinweg unterscheiden und nur lose mit dem auf der gesamten Unionsebene aggregierten Verlauf korrespondieren. Über die Neunzigerjahre hinweg brach die Unterstützung der Europäischen Union in einigen ihrer Gründungsmitglieder sehr deutlich ein. Das gilt besonders für Belgien, Frankreich und Deutschland. In einer weiteren Gruppe von Staaten war der

---

2 Unterstellt man jedoch, dass nationale Kontexte die Entwicklung integrationsorientierter oder euroskeptischer Einstellungen der Bürger mitbestimmen, wird die Analyse der Zeitreihen aggregierter Individualdaten in Abbildung 1 durch die stete Erweiterung der Union verzerrt. Während die Befragungen der frühen Siebzigerjahre eine Europäische Gemeinschaft aus neun einzelnen Staaten untersuchen, beziehen sich die Eurobarometerstudien ab 1995 auf die Europäische Union mit fünfzehn Mitgliedstaaten.

Abbildung 2 Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung in den Mitgliedstaaten



Die Zeitreihen geben den Anteil derjenigen Befragten in allen Mitgliedstaaten an, die (1) die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für »eine gute Sache« halten [MEMBERSHIP; graue Linien] und (2) der Auffassung sind, ihr Land habe von der Mitgliedschaft profitiert [BENEFIT; schwarze Linien].

Umschlag moderater, etwa in Italien, Luxemburg und den Niederlanden, während das Unterstützungsniveau in einigen weiteren Mitgliedstaaten teils auf sehr geringem Niveau stagnierte, etwa in Finnland, Großbritannien, Österreich, Portugal und Spanien. Schließlich ist in den vergangenen Dekaden in einer weiteren Gruppe von Mitgliedstaaten, nämlich in Dänemark, Griechenland und Irland, die Zustimmung zur Europäischen Union konträr zum gesamteuropäischen Trend deutlich angestiegen.

Die folgenden Analysen verwenden als abhängige Variable stets die Bewertung der EU-Mitgliedschaft [MEMBERSHIP]. Diese Auswahl wird durch zwei wesentliche Überlegungen begründet. Einmal haben die hier vorgetragenen Analysen diese Variable als konsistenten Indikator für die utilitaristische Unterstützung des Integrationsprojekts identifiziert, und zweitens wird die Frage seit 1973 regelmäßig erhoben und liegt deshalb als längere, ununterbrochene Zeitreihe für Sekundäranalysen vor, die auf eine Abbildung des Wandels europapolitischer Einstellungen in den vergangenen drei Jahrzehnten zielen.

### 3 Effekte auf der individuellen Ebene

Die Herausbildung von Einstellungen und Policy-Präferenzen wird gleichermaßen durch kurzfristige, utilitaristische und rationale Kalkulationen wie durch langfristig geformte, historisch tradierte, stabile soziale oder kulturelle Identitäten bestimmt.

#### 3.1 Das »Economic-Voting«-Modell

Die spezifische Unterstützung politischer Institutionen verläuft häufig sehr volatil und verändert sich *ad hoc*. Sie wird durch Bewertungen des Outputs eines politischen Systems geformt, ist also dezidiert policy-abhängig. »Economic-Voting«-Modelle greifen das Feld der Wirtschaftspolitik heraus und unterstellen, dass, ob nun zu Recht oder nicht, die Bürger positive oder negative konjunkturelle Entwicklungen der jeweiligen Regierung zuschreiben. Lewis-Beck und Stegmaier (2000) haben gezeigt, dass die retrospektive, soziotropische Bewertung der ökonomischen Entwicklung, vermittelt über aggregierte Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, sein Wachstum, die Inflationsrate oder die Arbeitslosenquote, die Bewertung der Exekutive signifikant beeinflussen. Soweit die Europäische Union als ein Teil der Exekutive verstanden wird, kann diese einfache Mikrofundierung des Modells auch auf die Bewertungen des Integrationsprozesses übertragen werden.

Empirische Untersuchungen haben, mindestens für die Siebziger- und Achtzigerjahre, einen deutlichen statistischen Zusammenhang von Unterstützung der europäischen Integration und diesen »objektiven« ökonomischen Indikatoren belegt (Eichenberg/Dalton 1993): Wirtschaftswachstum, Beschäftigungszuwachs und geringe Inflationsraten waren mit positiven Bewertungen der Europäischen Union verbunden, Rezession, Arbeitslosigkeit und Inflation dagegen mit deutlich sinkender Zustimmung zum Integrationsprojekt. Neuere empirische Analysen haben die Tragfähigkeit des »Economic-Voting«-Modells bei der Analyse der »Post-Maastricht-Krise« der Europäischen Union erheblich eingeschränkt und den vormals starken empirischen Zusammenhang von positiver Entwicklung ökonomischer Basisindikatoren mit der utilitaristischen, instrumentellen Unterstützung des Integrationsprojekts mit Daten seit den frühen Neunzigerjahren nicht mehr belegen können (vgl. Eichenberg/Dalton 2007). Dieses Jahrzehnt war gleichermaßen von meist erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung *und* dramatisch einbrechender Unterstützung für das Integrationsprojekt geprägt.

### 3.2 Das »Policy-Appraisal«-Modell

Die ökonomische Integration Europas greift Teilbereiche der Wirtschaftspolitik heraus, und ihre formale Domäne liegt, mit Ausnahme des Agrarsektors, weniger im Bereich der distributiven, sondern der regulativen Politik. Dies gilt insbesondere für die Liberalisierung der Waren- und Faktormärkte über die nationalen Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg. Diese Öffnung der Märkte betrifft Individuen auf sehr unterschiedliche Weise, und Chancen wie Risiken sind zunächst innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten ungleich verteilt. Matthew J. Gabels (1998) »Policy-Appraisal«-Modell begründet die Integrationsunterstützung oder den Euroskeptizismus einzelner Bürger mit dem erwarteten ökonomischen Nutzen von Marktliberalisierung und -integration. Integrationsorientierte Positionen nehmen demnach diejenigen ein, die von der Integration Europas, in der jeweils betriebenen sozioökonomischen Form, profitieren, euroskeptische Positionen beziehen dagegen diejenigen, die sich als (potenzielle) Verlierer des Integrationsprozesses begreifen:

1. Die *Öffnung der Arbeitsmärkte* bricht die Begrenzungen nationaler Arrangements auf und führt tendenziell zu einem unionsweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze und erzielbare Einkommen. Diese Reformen eröffnen hoch qualifizierten Arbeitskräften weitere Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, sie bedrohen direkt die Beschäftigungsoptionen und mindern die potenziellen Erwerbseinkommen geringer qualifizierter Arbeitnehmer. Die

folgenden Analysen greifen dieses Argument durch das Bildungsniveau und den Beschäftigungsstatus der Befragten auf.<sup>3</sup>

2. Die *freie Mobilität des Kapitals* bietet zusätzliche und potenziell ertragreiche Optionen für Bürger mit hohen persönlichen Einkünften und, folglich, hoher Investitionsbereitschaft. Entwickelt sich auf diese Weise ein unionsweiter Wettbewerb um die Kapitalinvestitionen, können für abhängig Beschäftigte negative Konsequenzen entstehen. Während gut ausgebildete ökonomische oder technokratische Eliten ihre Einkommen verbessern können, bleibt schlechter qualifizierten, »manuellen« Arbeitskräften oft nur noch die Alternative zwischen (relativen wie absoluten) Einkommensrückgängen oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Die sozioökonomischen Konsequenzen der Kapitalmobilität werden durch das erzielte Einkommen der Befragten abgebildet.
3. Die *Liberalisierung der Warenmärkte*, die Abschaffung von Zollgrenzen und die Einführung einer gemeinsamen Währung betreffen unmittelbar die utilitaristische Bewertung der Unionsmitgliedschaft. Diese Reformen schaffen neue Möglichkeiten für diejenigen, die in kompetitiven, exportorientierten Wirtschaftszweigen beschäftigt sind. Sie bedrohen dagegen die Interessen derjenigen, die, mit weniger konkurrenzfähigen Firmen oder Wirtschaftszweigen verbunden, auf staatliche Subventionen angewiesen oder von protektionistischen Politiken der nationalen Ebene abhängig sind.

Diesen unterschiedlichen Argumenten und Indikatoren liegt im Wesentlichen dasselbe Konzept zugrunde, und zwar ein transnational gefasstes, ökonomisches »Klasseninteresse« (Hix 2005: 158–161) und die utilitaristische Orientierung der Bürger an den von ihnen angenommenen sozioökonomischen Konsequenzen des ökonomischen Integrationsprojekts.

### 3.3 Das Präferenzmodell

Die Erosion des »permissiven Konsenses« hat unmittelbar zu einer Politisierung des Integrationsprojekts innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten und politischen Parteiensysteme geführt. Der Zusammenhang von Konflikten um die europäische Integration mit den jeweils »nationalen« Konfliktstrukturen wird jedoch in der Literatur sehr unterschiedlich beurteilt (zu den Debatten um den »European Political Space« vgl. exemplarisch die Beiträge in Marks/Steenbergen 2004).

---

<sup>3</sup> Ein alternativer Zugriff wäre die berufliche Position der Befragten, etwa als »manueller Arbeiter«, Angestellter etc. (vgl. die Analysen bei Gabel 1998, Hooghe/Marks 2005).

Mit der Links-Rechts-Skala liegt eine Dimension vor, die unterschiedliche Positionen zu politischen Konflikten übergreifend integriert. Dabei gilt die Semantik von »links« und »rechts« als ein taxonomisches System, das den Wählern hilft, Transaktionskosten zu reduzieren, politische Informationen zu verstehen, mit ihnen umzugehen und sie zu aggregieren (vgl. die klassischen Beiträge von Downs 1957; Inglehart/Klingemann 1978). Akzeptiert man die Links-Rechts-Skala als sinnvolles Abbild nationaler Konfliktodynamiken, so bleibt dennoch die Verbindung von nationalen Politikpräferenzen mit der Bewertung der europäischen Integration in der aktuellen Literatur unklar und umstritten:

1. Die frühen »Klassiker« der Integrationsforschung (vgl. etwa Haas 1958; Lindberg/Scheingold 1970) postulierten aus der Perspektive der internationalen Politik nicht einen Zusammenhang von Integrationsunterstützung und den politischen Präferenzen der Bürger, sondern mit dem von politischen Eliten definierten »nationalen Interesse«.
2. Hix und Lord (1997) konstruieren einen zweidimensionalen »European Political Space«, der von den Achsen links-rechts und Euroskeptizismus-Integrationsunterstützung aufgespannt wird, unterstellen jedoch die Unverbundenheit beider Dimensionen.
3. Im »Regulationsmodell« von Tsebelis und Garrett (2000) sind beide Dimensionen kongruent. Linke politische Positionen begründen, so die Autoren, mit der Option auf ein europäisches Regulationsregime forcierte Schritte hin zu einem Programm der »positiven Integration«, rechte Positionen favorisieren ein geringeres Regulationsniveau und lehnen die Vertiefung der Integration ab.
4. Das Modell von Hooghe und Marks (in diesem Band) sieht eine sozioökonomische Links-Rechts- und eine Nationalismus-Supranationalismus-Achse vor. Beide Dimensionen sind lose miteinander verbunden, sodass die Linke tendenziell das Integrationsprojekt und somit einen supranationalen, »regulierten Kapitalismus« unterstützt, während rechte, weiterhin nationalstaatlich orientierte Akteure Europa als »neoliberales Projekt« konzipieren (vgl. zu diesem Modell und seiner Kritik den Beitrag und die Nachbetrachtung von Hooghe/Marks in diesem Band).
5. Marks und Steenbergen (2002) konstruieren den Zusammenhang der Links-Rechts- mit der Integrationsdimension als eine »inverse U-Kurve«: Zentristische Akteure unterstützen das Integrationsprojekt, die extreme Linke lehnt einen neoliberal organisierten Binnenmarkt ab, und die extreme Rechte mobilisiert kulturelle Vorbehalte gegen den Transfer (weiterer) politischer Kompetenzen auf die europäische Ebene.

Die enorme Bandbreite abweichender Befunde ist teils durch die Wandelbarkeit der Politiken auf europäischer Ebene und teils durch analytische Unschärfen begründet. Die Konstruktion des europäischen Binnenmarktes wird einmal als ein neoliberales Projekt der erzwungenen Liberalisierung (vgl. Scharpf 1999 und in diesem Band) oder alternativ als ein umfassendes, restriktives Regulationsregime (vgl. Tsebelis/Garrett 2000) aufgefasst. Diese abweichenden Befunde sind sicher durch die Perspektive der Betrachter angelegt, sie sind jedoch auch durch unterschiedliche parteipolitische Konjunkturen über die Mitgliedstaaten hinweg begründet. Die alternative Dominanz sozial- oder christdemokratischer Parteien in den nationalen Regierungen korrespondiert eng mit den Projekten der Marktschaffung (in den Achtzigerjahren) und der Marktregulierung (in den Neunzigerjahren). Zweitens unterscheidet sich die inhaltliche Substanz der Etikette links und rechts unter den publizierten Analysen. Einige Beiträge konzipieren eine dezidiert sozioökonomische Konfliktdimension zwischen Staatsinterventionismus und freiem Markt, andere kombinieren unter denselben Titeln sozioökonomische und kulturelle Themen.

### 3.4 Alternative Erklärungsansätze

Neben sozioökonomischen Determinanten wirkt eine Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse auf Einstellungen zur europäischen Integration. Besonders neuere Beiträge haben die Bedeutung sozioökonomischer Erklärungsansätze relativiert und die alternative Erklärungskraft kultureller Motive herausgestellt (vgl. etwa Diez Medrano 2003; McLaren 2002, 2007). Europapolitische Präferenzen seien weniger die Konsequenz kurzfristig-rationaler, eigeninteressierter Kalkulationen, sondern durch längerfristige kulturelle Orientierungen, die verfestigte Bindung an exklusive nationale Identitäten, besonders die Ablehnung von oder gar Feindschaft gegenüber fremden Kulturen begründet.<sup>4</sup>

Eine Reihe neuerer Beiträge hat die Erklärungskraft sozioökonomischer und kultureller Faktoren einander gegenübergestellt und ihren jeweiligen Einfluss abzuschätzen versucht. Hooghe und Marks (2004) relativieren etwa ihre vorher publizierten, sozioökonomisch angeleiteten Analysen und verweisen auf

<sup>4</sup> Empirische Analysen verwenden zur Definition einer exklusiven Bindung an nationale Identitäten meist eine der »Citizenship«- oder »Identity«-Variablen. Von 1983 bis 1992 (EB 19.0, EB 27.0, EB 33.0, EB 37.0) haben die Eurobarometer-Umfragen in unregelmäßigen Abständen eine »Citizenship«-Variable erhoben, die die Akzeptanz nationaler und/oder europäischer Staatsbürgerschaft zu bestimmen sucht: »Do you ever think of yourself not only as a <NATIONAL> citizen, but also as a citizen of Europe? (1) often, (2) sometimes, (3) never.« Seit 1992 (EB 37.0) wird nun regelmäßig eine Frage nach der nationalen und/oder europäischen Identität erhoben: »In the near future, do you see yourself as (1) national only, (2) national and European, (3) European and national, (4) European only?«

die überragende Erklärungskraft von Identitätskonzepten, besonders von exklusiven nationalen Identitäten, für die Herausbildung euroskeptischer Positionen. Die Erosion affektiver Bindungen ist jedoch nur ein möglicher Faktor, der den Einbruch der diffusen Unterstützung des Integrationsprojekts, jedoch *per se* nicht die schroffen Umbrüche in der Dynamik von Zustimmung und Ablehnung, von Integrationsunterstützung oder Euroskeptizismus erklären kann.

Eine weitere Serie von Beiträgen, etwa das »National-Proxies«-Modell von Anderson (1998), argumentiert weiterhin tendenziell aus der Perspektive des »permissiven Konsenses« und konzipiert die europäische Integration als ein »second-order phenomenon«. Die Bürger der Mitgliedstaaten sind uninformiert über die Europäische Union und Policies auf europäischer Ebene, und ihre Bewertung der europäischen Integration ist Abbild ihrer Zufriedenheit mit der ökonomischen und politischen Entwicklung des jeweiligen Nationalstaates. Dabei wird unterstellt, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler Ebene die Hypothesen des »National-Proxies«-Modells hinreichend abbildet.

#### 4 Effekte auf der Kontextebene

Dieser Beitrag hat bereits bei der Diskussion der deskriptiven Befunde auf die enorme Kontextabhängigkeit europapolitischer Orientierungen aufmerksam gemacht. Bewertungen der Europäischen Union unterscheiden sich über die Kontexte der einzelnen Mitgliedstaaten hinweg, sie entwickeln sich zeitlich nicht konstant, und sie korrespondieren, wie im Folgenden gezeigt wird, mit jeweils ganz unterschiedlichen Bündeln an Erklärungsfaktoren.

##### 4.1 Die Kontexte verschiedener »Varieties of Capitalism«

Hall und Soskice (2001) haben die Diskussion um institutionelle Komplementaritäten mit dem Etikett »Varieties of Capitalism« (VoC) versehen und die Unterscheidung von »coordinated market economies« (CMEs) und »liberal market economies« (LMEs) vorgeschlagen. Konzeptioneller Ausgangspunkt dieser Typologie sind kapitalistische Unternehmen und ihre jeweiligen institutionellen Kontexte. In LMEs koordinieren Unternehmen ihre Aktivitäten vornehmlich im kompetitiven, marktwirtschaftlichen Kontext durch freie Vertragsvereinbarungen. Empirische Beispiele stammen vor allem aus dem angelsächsischen Raum, und innerhalb der Europäischen Union sind Großbritannien und, mit Abstrichen, Irland, die einzigen marktliberal verfassten Ökonomien. CMEs basieren dagegen auf koordinierten, langfristigen und auf inkrementelle Veränderungen

gerichteten Arrangements, die wesentlich von der Balance der Stakeholder-Gruppen bestimmt werden. Das institutionelle Umfeld der Unternehmen wird wesentlich durch nicht marktlich organisierte Interaktionsformen, etwa durch korporatistische Arrangements, mitbeeinflusst.<sup>5</sup>

Die institutionellen Grundlagen kapitalistischer Ökonomien unterschieden sich somit auch unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Brinegar, Jolly und Kitschelt (2004) haben drei miteinander verbundene Dimensionen institutioneller Strukturen unterschieden: Einmal die makroökonomische Regulierung von Lohnaushandlung und Geldpolitik (Franzese 2001; Iversen 1999; Scharpf 1987; Soskice/Iversen 1998, 2000), zweitens die mikroökonomischen Kontexte unterschiedlich organisierter Produktionsregimes (Soskice 1999) und drittens unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsmodelle, etwa die von Esping-Anderesen (1990, 1999) konstruierte Differenzierung von drei Grundmodellen:

1. Das *residuale Wohlfahrtsregime* korrespondiert meist mit »liberal market economies«. Dieses Modell koppelt die Gewährung von sozialen Transfers stets an strikte Bedürftigkeitsprüfungen, sieht nur ein geringes Niveau an Dekommodifizierung vor und lässt so nur eng begrenzte redistributive Effekte zu.
2. Der *christdemokratische oder zentristische Wohlfahrtsstaat* sieht ein höheres Maß an Dekommodifizierung vor. Transferleistungen orientieren sich am vorher erzielten Einkommen, durch die Betonung der Familie als subsidiärer Versorgungsgemeinschaft werden häufig Frauen oder ältere Bürger ermutigt, aus dem Erwerb auszusteigen.
3. Der *sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat* zielt schließlich auf umfangreichere Verteilungseffekte, ein hohes Maß an Dekommodifizierung und damit auf die tendenzielle Entkopplung der Sozialleistungen vom vorherigen Erwerbseinkommen. Im Kontrast zum zentristischen Modell werden für alle Bürger Anreize zur Partizipation im Arbeitsmarkt gesetzt.

Die von Hall und Soskice (2001) als relativ statische Konzepte entworfenen Idealtypen bestehen weiterhin mindestens in Teilelementen fort, sie sind jedoch, so die Kritik, durch die Einbindung in eine vernetzte Weltwirtschaft und in das europäische Projekt der Marktintegration einem sehr hohen Anpassungsdruck entworfen. Da Marktschaffung und -regulierung auf europäischer Ebene zu den wesentlichen Herausforderungen für nationale politökonomische Systeme zählen, so die Überlegung, werden Individuen ihre utilitaristische Bewertung

<sup>5</sup> Im Anschluss an und in Abgrenzung zum Beitrag von Hall und Soskice (2001) ist in der einschlägigen Literatur eine Fülle von unterschiedlichen Typologien und Definitionen formuliert worden. Nicht alle unter dem Etikett »Varieties of Capitalism« diskutierten Entwürfe gehen deshalb auf diese Vorlage zurück, sondern VoC ist gerade ein Sammelbegriff vieler verschiedener (und teils einander widersprechender) Ansätze geworden.

der Europäischen Union stets im Kontext der jeweils nationalen Kapitalismusvarianten bilden. Das im »Policy-Appraisal«-Modell (Gabel 1998) formulierte »Humankapital«-Argument, das eine Verbindung von Integrationsunterstützung und Bildungsstand begründet, gilt deshalb nicht kontextübergreifend, sondern die Effekte des Bildungsstandes auf die Bewertung der europäischen Integration schwanken zwischen den unterschiedlichen nationalstaatlichen Kontexten:

1. Liberale Marktökonomien (LMEs) erhöhen die Möglichkeiten gut ausgebildeter Fachkräfte, ihre persönlichen Einkünfte durch freie Vereinbarungen zu erhöhen. Sie verschärfen *vice versa* die Situation geringer qualifizierter Arbeitskräfte.
2. Koordinierte Marktwirtschaften (CMEs) mit zentralisierter Lohnaushandlung begrenzen die Einkommensspreizung und damit den Grad sozialer Ungleichheit effektiver. Ein höheres Maß an Dekommodifizierung sichert Verlierer der Marktintegration in konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ab.

#### 4.2 Das »Policy-Shift«-Modell

Das Präferenzmodell zielt auf den Zusammenhang von allgemeinen ideologischen Positionen mit der Herausbildung integrationsorientierter oder euroskeptischer Präferenzen. Links und rechts sind hier nur grobe Etiketten, deren jeweiliger Inhalt unter den Mitgliedstaaten der Union variiert und auch zeitlich wandelbar ist. Jede empirische Analyse muss deshalb beachten, was links und rechts im jeweils nationalen und historischen, im institutionellen und sozioökonomischen Kontext bedeuten.

Simon Hix (2007) greift bei seiner Begründung von Euroskeptizismus als »Anti-Zentralisierung« Argumente des Rational-Choice-Institutionalismus auf, etwa die von Alesina und Spolaore (2003) in ihrem Konzept zur »Size of Nations« eingebrachte Differenzierung zentrifugaler und zentripetaler Bedingungen, die alternativ sezessionistische oder integrationistische Bestrebungen fördern. Dabei unterstützen Bürger ein Integrationsprojekt, wenn die Policies auf der Verbundebene eher mit ihren Präferenzen korrespondieren als die Policies der jeweils regionalen Ebene. Sie lehnen dagegen die Integration ab, wenn die erwarteten Policies auf der Verbundebene weiter von ihren idealen Präferenzen entfernt sind als der regionale Status quo. Angewendet auf die Integration Europas ergibt sich deshalb ein policy-orientiertes, kontextsensitives Modell der Präferenzbildung, dessen wesentliche Elemente die ökonomischen Politikpräferenzen der Bürger in Relation zu institutionellen und ökonomischen Policy-Kontexten auf nationaler und auf europäischer Ebene sind.

Dieses »Policy-Shift«-Modell hat gleichermaßen Implikationen für die Unterstützung des Integrationsprojekts über einzelne Mitgliedstaaten hinweg und für die Entwicklung der Integrationsunterstützung im zeitlichen Verlauf, die mit den folgenden Hypothesen zusammengefasst werden:

1. *Europäisierung bei hohem Regulationsniveau.* Innerhalb linker, hoch regulierter Policy-Regimes liegt die Präferenz der politischen Linken näher am nationalen Status quo als am Regulationsniveau auf der Unionsebene. Im selben Kontext versteht jedoch die ökonomische Rechte das Integrationsprojekt als einen Hebel, das hohe Regulationsniveau auf nationaler Ebene aufzubrechen. Linke Akteure vertreten deshalb tendenziell euroskeptische Positionen, rechte stellen utilitaristische Unterstützung für das Integrationsprojekt bereit.
2. *Europäisierung bei geringem Regulationsniveau.* Im Kontext rechter, gering regulierter Volkswirtschaften zieht die politische Linke das höhere Regulationsniveau auf europäischer Ebene dem nationalen Modell vor, während die Rechte am liberalen Status quo festzuhalten versucht. Linke Positionen gehen deshalb, so die Hypothese, tendenziell mit Integrationsunterstützung, rechte mit Euroskeptizismus einher.
3. *Zeitliche Schwerpunkte und Inhalte der Unionspolitik.* Seit Beginn des Binnenmarktprojekts hat sich durch die Sequenz von Marktschaffung (in den Siebziger- und Achtzigerjahren) und Marktregulierung (seit den Neunzigerjahren) die Substanz europäischer Politik deutlich geändert. Aus dieser Perspektive stellte sich die ökonomische Integration Europas in der ersten Phase als ein rechtes und später als ein linkes Projekt dar. Deshalb sollte sich, so die dritte kontextsensitive Hypothese, das Gravitationszentrum der Integrationsunterstützung über den Untersuchungszeitraum, 1973 bis 2002, von rechts nach links verschieben (vgl. Hix 2007). Diese Einschätzung ist jedoch nicht unwidersprochen geblieben, und aus anderer Perspektive wird argumentiert, dass durch die systematische Förderung »negativer Integration« (Scharpf in diesem Band) Kommission und Europäischer Gerichtshof politische Strategien verfolgen, die Marktliberalisierung und ein einheitliches neoliberales Institutionenmodell erzwingen (Höpner/Schäfer in diesem Band).

Die Bewertung europäischer Politiken, des gesamten Integrationsprozesses und seiner institutionellen Form, der Europäischen Union, erfolgt damit immer in Relation zum jeweils nationalen Status quo. Die hier formulierten Hypothesen des »Policy-Shift«-Modells greifen diese Kontextheterogenität auf und bestimmen ein Modell aus zwei Ebenen, in dem individuelle Präferenzen in die weiterhin bedeutsamen »Container« der jeweiligen Nationalstaaten eingefasst sind.

## 5 Empirische Befunde eines hierarchischen Mehrebenenmodells

Beim Test der vorgestellten theoretischen Modelle und Hypothesen wird die Europäische Union typologisch als ein (dynamisches) Mehrebenensystem gefasst. Die Bürger der europäischen Nationalstaaten sind gleichzeitig Bürger Europas und mit dessen komplexen, vielfältigen Kontexten konfrontiert. Deshalb berücksichtigen die diskutierten Modelle gleichermaßen unabhängige Variablen auf der Individualebene, auf der nationalstaatlichen Ebene und ihre jeweiligen Interaktionseffekte (»cross-level interactions«).

Moderne Mehrebenenmodelle ermöglichen dabei nicht nur die Formulierung eines statistisch »korrekten« Modells, sondern sie erlauben darüber hinaus die simultane Berücksichtigung von Einflüssen auf allen hierarchisch geordneten Ebenen des Modells. Die Hypothesen des »Policy-Appraisal«-Modells werden auf der individuellen Ebene durch den Effekt des Bildungsniveaus [EDUC] der Befragten erfasst, ideologische Präferenzen werden durch ihre Positionen auf der Links-Rechts-Dimension [LR] und einen Indikator für die Einnahme tendenziell extremer ideologischer Präferenzen [LRSQ] bestimmt.<sup>6</sup> Die exklusive Bindung an nationale Identitäten [CITIZEN-EXCL, NAT-EXCL] greift die politischen Konsequenzen kultureller Akzeptanz oder Ablehnung des Integrationsprojekts auf. Zwei weitere unabhängige Variablen prüfen schließlich das »National-Proxies«-Modell und bestimmen die Wechselbeziehungen von Demokratiezufriedenheit auf der nationalen Ebene [SATISDMO] und auf der Unionsebene [SATISDEU] mit der Bewertung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Zudem »kontrolliert« das Modell einige weitere Einflüsse auf der Individualebene, den Effekt von »opinion leadership« und von demografischen Merkmalen wie Alter [AGE] oder Geschlecht [SEX].

### *Befunde zum »Policy-Appraisal«-Modell im Kontext unterschiedlicher »Varieties of Capitalism«*

Die detaillierten empirischen Resultate unterschiedlicher Mehrebenenanalysen zur Unterstützung beziehungsweise Ablehnung der Europäischen Union sind in Tabelle 1 in Anhang B zusammengestellt. Die Befunde bestätigen, knapp zusammengefasst, zunächst die sozioökonomischen Argumente zur utilitaristisch motivierten, spezifischen Unterstützung der europäischen Integration. Die im

---

<sup>6</sup> In Klammern sind jeweils die Variablennamen des Datensatzes angegeben. Zum Datenmaterial und zur Spezifikation der Mehrebenenmodelle vgl. Anhang A; zu den empirischen Resultaten vgl. Anhang B.

»Policy-Appraisal«-Modell formulierten Hypothesen zum Zusammenhang von Bildung und Integrationsunterstützung werden auf der Unionsebene und innerhalb jedes einzelnen Mitgliedstaates und Zeitpunkts robust bestätigt. Höher gebildete Bürger, also diejenigen, denen die ökonomische Integration Europas neue Optionen eröffnet, tendieren zur Unterstützung des Integrationsprojekts, schlechter gebildete dagegen zur Einnahme eher euroskeptischer Positionen. Die Stärke dieses Zusammenhangs schwankt jedoch über verschiedene Mitgliedstaaten und über verschiedene »Varieties of Capitalism« hinweg. Im Kontext liberaler Marktökonomien, besonders in Großbritannien, wirkt ein hoher Bildungsstand besonders deutlich auf positive Bewertungen der Europäischen Union, während der Zusammenhang von »Humankapital« (Gabel 1998) und Integrationsunterstützung in konservativen und sozialdemokratischen Regimes weniger ausgeprägt ist.<sup>7</sup>

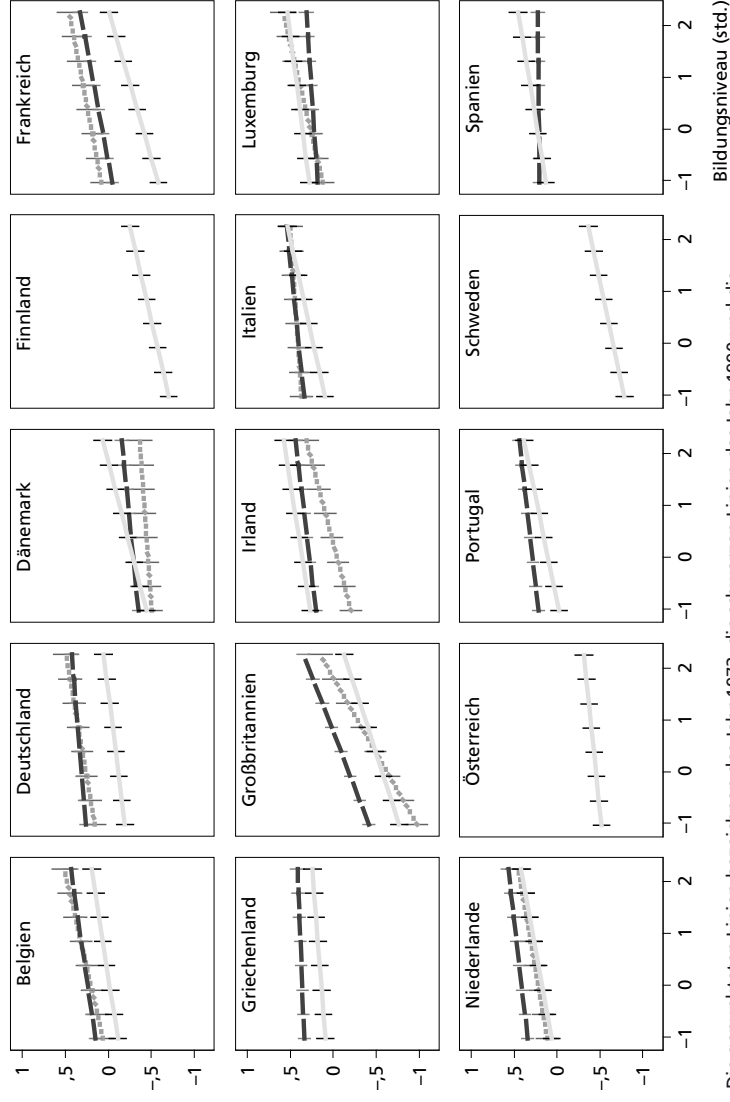
Die Präsentation der empirischen Befunde berücksichtigt die beschränkte Aussagefähigkeit des Datenmaterials und greift den Vorschlag von Bowers und Drake (2005) auf, grafische Verfahren der »explorativen Datenanalyse« (»Exploratory Data Analysis«; EDA) einzusetzen, wenn die Annahmen der schließenden Statistik problematisch werden. Abbildung 3 stellt den Zusammenhang des Bildungsniveaus mit den Erwartungswerten von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung in den jeweiligen Mitgliedstaaten der Union 1973, 1990 und 2002 grafisch dar.<sup>8</sup> Auch hier wird deutlich, dass ein höheres Bildungsniveau über einzelne Mitgliedstaaten und Zeitpunkte hinweg mit Integrationsunterstützung verbunden ist, während geringer gebildete Bürger, also diejenigen, die, so Gabel (1998), über weniger »Humankapital« verfügen, zu euroskeptischen Positionen

7 Dennoch gelten bei dieser parametrischen Herleitung ebenenübergreifender Interaktionseffekte einige methodische Vorbehalte. Bei den meisten Mehrebenenmodellen bildet die höchste Aggregationsebene, hier die Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten, die restriktivste Beschränkung für die statistische Absicherung der empirischen Befunde (Snijders/Bosker 1999: 140). Generell sind die Resultate eines Mehrebenenmodells mit fünfzehn Einheiten auf der obersten Aggregationsebene, etwa den Mitgliedstaaten der EU-15, nicht verlässlicher als die Befunde eines einfachen linearen Regressionsmodells auf der Grundlage von fünfzehn Beobachtungen, und zwar völlig unabhängig von der empirischen Sättigung des Modells auf der Individualebene. Im hier präsentierten Beispiel tritt noch ein substanzielles Problem hinzu, das die Verteilung der Kontextvariable »Varieties of Capitalism« betrifft. Da in der EU-15 Spielarten konservativer oder »zentristischer« Arrangements deutlich dominieren, bedeutet bis zur »zweiten Norderweiterung« sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat genau »Dänemark«, und die einzigen liberalen Marktökonomien sind Großbritannien und, mit Abstrichen, Irland.

8 Die Erwartungswerte werden aus einem »Random-Coefficient«-Modell abgeleitet, das gleichermaßen unterschiedliche Basisniveaus an Euroskeptizismus oder Integrationsunterstützung und unterschiedliche Effekte der Schlüsselvariablen EDUC über heterogene Länderkontexte hinweg vorsieht. Details zur Modellspezifikation und empirische Befunde sind in den Anhängen A und B dokumentiert.

Abbildung 3 Effekte und Kontexteffekte des »Policy-Appraisal«-Modells

Erwartungswerte von Euroskeptizismus/Integrationsorientierung (std.)



Bildungsniveau (std.)

Die gepunkteten Linien bezeichnen das Jahr 1973, die schwarzen Linien das Jahr 1990 und die grauen Linien das Jahr 2002. Die vertikalen Balken geben die jeweiligen Konfidenzintervalle an.

tendieren. Diese Beziehung ist in der liberalen Marktökonomie Großbritanniens besonders ausgeprägt und in CMEs mit ausgebauten Wohlfahrtsstaaten tendenziell weniger eindeutig.

*Befunde zum Präferenzmodell im Kontext unterschiedlicher Regulationsregimes*

Das Präferenzmodell behandelt die Zusammenhänge von Policy-Präferenzen auf der Links-Rechts-Dimension und Beurteilungen der Europäischen Union. Die Literatur postuliert eine »inverse U-Kurve« (vgl. die Beiträge in Marks/Steenbergen 2004), wenn zentristische Akteure das Integrationsprojekt unterstützen, extrem linke oder rechte dagegen das Binnenmarktprojekt beziehungsweise die Vergemeinschaftung vormals nationaler Kompetenzen ablehnen. Die empirischen Befunde dieser Studie bestätigen diese Annahmen, denn in den Mitgliedstaaten der Union kann ein deutlicher Zusammenhang zwischen extremen politischen Präferenzen und euroskeptischen Orientierungen gezeigt werden [LRsq], der über die verschiedenen kapitalistischen Regulationsregimes [VOC-SD, VOC-LIB] und im gesamten Untersuchungszeitraum (1973 bis 2002) hinweg robust erhalten bleibt (vgl. die detaillierten empirischen Resultate in Tabelle 1 in Anhang B).

Neben dieser »invers U-förmigen« Beziehung wird nach linearen Zusammenhängen von individuellen, nationalen Policy-Präferenzen auf der Links-Rechts-Dimension und der Bewertung der europäischen Integration gefragt. Während die empirische Integrationsforschung überwiegend postuliert, dass eine solche lineare Beziehung nicht nachweisbar sei (vgl. Ray 2003a, 2003b; van der Eijk/Franklin 1996), wird in dieser Analyse spezifischer die Interaktion individueller politischer Präferenzen mit den Kontexten nationaler Policy-Regimes beleuchtet. Die empirischen Resultate belegen deutlich die Hypothesen des »Policy-Shift«-Modells, verweisen aber auch auf die enorme Heterogenität der Befunde über die mitgliedstaatlichen Kontexte hinweg und auf die Erklärungskraft unterschiedlicher Regulationsregimes zur Begründung dieser Differenzen. Im Referenzmodell, dem konservativen, zentristischen Wohlfahrtsstaat, sind Links-Rechts-Dimension und Integrationsunterstützung tatsächlich empirisch unverbunden [LR]. Die Befunde für die beiden alternativen Regulationsregimes weichen jedoch deutlich davon ab. Hoch regulierte, sozialdemokratische Regimes stehen links vom Modell des europäischen Binnenmarktes, und in diesen Kontexten bezieht die politische Linke dezidiert euroskeptische und die Rechte tendenziell integrationsorientierte Positionen. Die Befunde für liberale Marktökonomien, die signifikant rechts vom Status quo des Binnenmarktes stehen, fallen genau umgekehrt aus: In diesen Kontexten sind linke Policy-Präferenzen mit Integrationsunterstützung und rechte mit Euroskeptizismus verbunden.

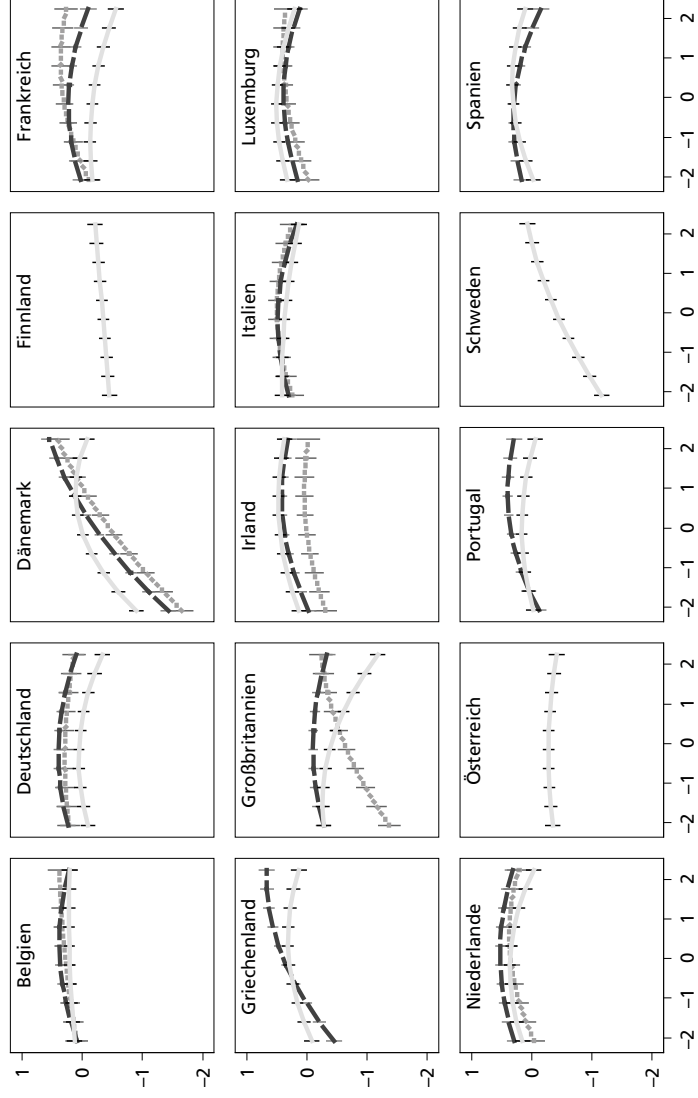
Diese empirischen Befunde bestätigen wesentliche theoretische Postulate des »Policy-Shift«-Modells. Abbildung 4 präsentiert den Zusammenhang von Policy-Präferenzen auf der Links-Rechts-Dimension mit den Vorhersagewerten der Integrationsunterstützung in den jeweiligen Mitgliedstaaten der Union in den Jahren 1973, 1990 und 2002. In den meisten kontinentaleuropäischen Mitgliedstaaten korrespondieren zentristische Policy-Regimes mit dem Modell der »inversen U-Kurve« (Marks/Steenbergen 2004). So unterstützen etwa in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien zentristische Akteure konsistent die Europäische Union, während die extreme Rechte oder Linke ausgeprägt euroskeptische Positionen bezieht. Innerhalb der hoch dekommodifizierenden, langfristig sozialdemokratisch geprägten Arrangements Dänemarks, Finnlands und Schwedens kritisiert die politische Linke die Europäische Union und die Rechte unterstützt weitere Integrationssschritte. Dieser von links formulierte Euroskeptizismus kann deshalb als ein Versuch verstanden werden, sozialstaatliche Errungenschaften des sozialdemokratischen Modells gegen ihre Einebnung in einem liberal verfassten europäischen Binnenmarkt ohne wesentliche Absicherung durch eine »gemeinsame Sozialpolitik« zu verteidigen.

Für die liberale Marktökonomie Großbritanniens zeigen sich einige bemerkenswerte Veränderungen im Zeitverlauf. Während der Siebziger- und frühen Achtzigerjahre wies die Präferenzbildung zur europäischen Integration Ähnlichkeiten mit den sozialdemokratischen Mitgliedstaaten der Union auf, denn die Linke, angestoßen durch die politischen Signale der Labour Party, vertrat euroskeptische und die Rechte vergleichsweise integrationsorientierte Positionen. Die Vorzeichen dieser Zusammenhänge kehrten sich jedoch sukzessive um, und spätestens seit Mitte der Neunzigerjahre sind, dem »Policy-Shift«-Modell gemäß, linke Politikinhalt, freilich auf einem geringen Niveau, eher mit Integrationsunterstützung und rechte mit dezidiert euroskeptischen Präferenzen verbunden. Ein derartiger Umbruch in der ideologischen Basis europapolitischer Einstellungen ist bei der Analyse von Zeitreihen der Mitgliedstaaten sicher einzigartig. Er geschah parallel zu einem »realignment« der Europapolitiken von Labour und den Konservativen (vgl. hierzu im Detail Evans/Butt 2007).

Der zweite, mindestens bis in die Neunzigerjahre »abweichende« Fall innerhalb der EU-15 ist Griechenland. Dort waren, bei insgesamt deutlich stärkerer Integrationsunterstützung, linke Präferenzen mit negativer Beurteilung und rechte mit der Unterstützung der Unionsmitgliedschaft verbunden. Dieses empirische Muster wird besonders durch die nachhaltige Mobilisierung der damals euroskeptisch aufgestellten sozialistischen PASOK und der extrem euroskeptischen »Kommunistischen Partei Griechenlands« (KKE) begründet. Der Euroskeptizismus der griechischen Linken erodierte im Folgenden allmählich, und

Abbildung 4 Effekte und Kontexteffekte des »Policy-Shift«-Modells

Erwartungswerte von Euroskeptizismus/integrationsorientierung (std.)



Links-Rechts-Skala (std.)

Die gepunkteten Linien bezeichnen das Jahr 1973, die schwarzen Linien das Jahr 1990 und die grauen Linien das Jahr 2002; die vertikalen Balken geben die jeweiligen Konfidenzintervalle an.

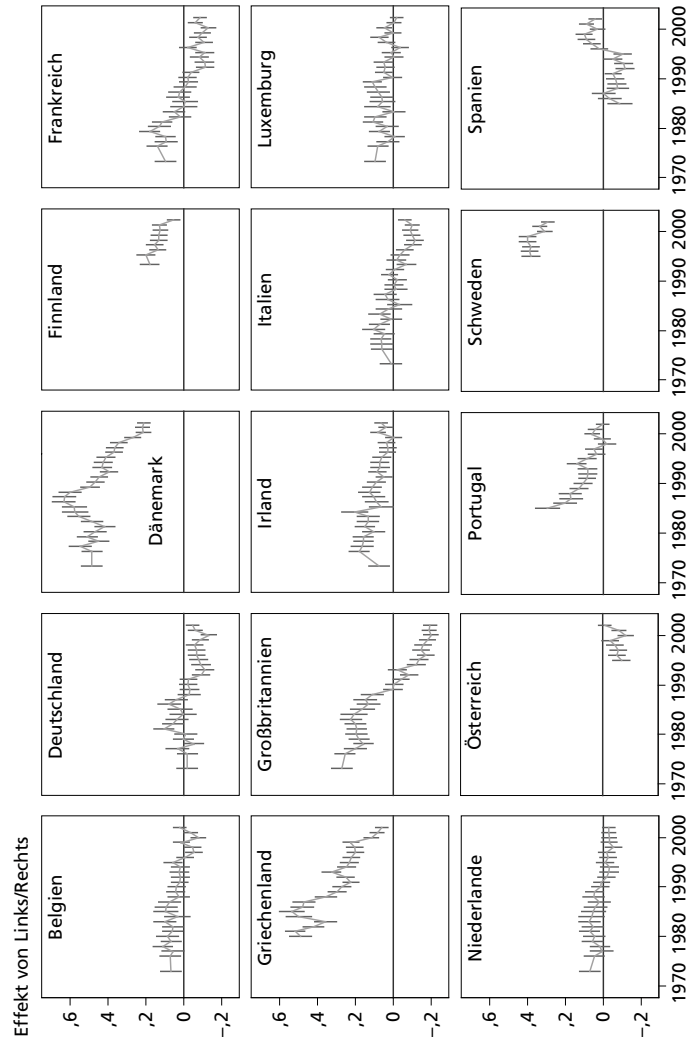
zwar gleichermaßen auf individueller und auf parteipolitischer Ebene, als die »Auszahlungen« des Landes im Feld der gemeinsamen Agrarpolitik und durch die Strukturfonds der Europäischen Union offensichtlich wurden (zu den Effekten von »party cues« auf die Positionierung der jeweiligen Unterstützer vgl. Ray 2003b; Steenbergen et al. 2007). In dieser Perspektive würde also die These von der Erosion spezifisch nationaler Kapitalismusmodelle durch empirische Trends hin zur Konvergenz der Bewertungs- und Präferenzbildungsmodelle gestützt.

*Determinanten der historischen Entwicklung von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung*

Die einschlägige Literatur behauptet häufig umfassende Umbrüche bei der Bewertung der Europäischen Union durch die Bürger der Mitgliedstaaten und ihren jeweils wirksamen Determinanten. Empirisch-systematische Analysen dieser Dynamiken sind jedoch bislang nicht publiziert worden. Die hier vorgetragene Analyse konzentriert sich deshalb nicht auf einen einzelnen, *ad hoc* herausgegriffenen Zeitpunkt, sondern versucht, die historische Dynamik von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung nachzuzeichnen und ihre kontextspezifischen Determinanten zu isolieren. Über den Untersuchungszeitraum von 1973 bis 2002 hinweg hat sich nicht nur die parteipolitische Zusammensetzung der Gemeinschaftsinstitutionen wesentlich verändert. Auch die materielle Substanz und die inhaltliche Stoßrichtung der implementierten Policies schwankten von Marktschaffung in den Siebziger- und Achtzigerjahren bis hin zur Marktliberalisierung in den Neunzigerjahren und treten nun, spätestens mit der Agenda von Lissabon, in eine weitere Phase ökonomischer Deregulierung ein. Parallel wurde die Integration in den vergangenen Dekaden ganz erheblich vertieft, sodass der Bestand an durch die Europäische Union regulierten oder mindestens beeinflussten Politikfeldern nun wesentlich über genuin wirtschaftspolitische Zuständigkeiten hinausgeht und zunehmend nicht ökonomische Policies einschließt, die vorher alleinige Domäne souveräner Nationalstaaten waren.

Die folgenden Analysen beziehen sich auf dynamische, zeitliche Trends der Verkopplung ideologischer Positionen mit der Befürwortung oder Ablehnung der europäischen Integration. Abbildung 5 greift eine isolierte unabhängige Variable der hierarchischen Mehrebenenmodelle heraus und präsentiert, für jeden Mitgliedstaat der Union, die lineare Komponente des Zusammenhangs von nationaler Konfliktkonstellation, bestimmt als Links-Rechts-Dimension, und Integrationsunterstützung. Positive Werte des Regressionskoeffizienten zeigen dabei einen empirischen Zusammenhang rechter, negative die Verbindung linker Positionen mit Integrationsunterstützung zum jeweiligen Zeitpunkt an.

Abbildung 5 Die Verschiebung der ideologischen Gravitationszentren von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung, 1973–2002



Die horizontalen Liniendiagramme geben die für Mitgliedstaat und Zeitpunkt bestimmte lineare Effektkomponente der Links-Rechts-Position auf Euroskeptizismus oder Integrationsunterstützung an. Die vertikalen Linien bezeichnen den Standardfehler der Schätzung.

Anders gewendet: Werte oberhalb der durchgezogenen Linien bezeichnen linken Euroskeptizismus, Werte unterhalb dieser Linien verweisen auf die Kritik des Integrationsprojekts von rechts. Über alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinweg hat sich die Unterstützung der Integration Europas von 1973 bis 2002 von einem rechten tendenziell hin zu einem zentristischen oder linken Projekt entwickelt. Dieser Prozess wird auch in den meisten Mitgliedstaaten nachvollzogen und kann etwa an der Verschiebung der ideologischen Gravitationszentren in Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal und Schweden abgelesen werden. Eine weitere Gruppe von Mitgliedstaaten weist zeitlich instabile, jedoch konstant geringe Konjunktionen von ideologischen Positionen und Integrationsunterstützung oder Euroskeptizismus auf, etwa Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Spanien.

Neben dieser Verschiebung der ideologischen Gravitationszentren von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung verweist die Betrachtung historischer Trends noch auf eine zweite Entwicklung. Im historischen Verlauf, von 1973 bis 2002, sinkt der Einfluss der Länderkontexte, die besonders durch unterschiedliche »Varieties of Capitalism«, Regulationsregimes und Wohlfahrtsstaatsmodelle begründet werden, auf die Bewertung der europäischen Integration signifikant und kontinuierlich. Das heißt, die Mechanismen der Herausbildung euroskeptischer oder integrationsorientierter Präferenzen gleichen sich unter den Mitgliedstaaten weitgehend an und werden sukzessive immer weniger durch die Einbettung der Individuen in stabile nationale Policy-Regimes oder »Varieties of Capitalism« gebrochen.<sup>9</sup>

#### *Alternative Erklärungsansätze*

Neben den sozioökonomischen Kernargumenten stützen die empirischen Resultate auch die Erklärungskraft kultureller Faktoren, besonders exklusiv nationaler Identitäten, für die Herausbildung euroskeptischer Einstellungen (vgl. bereits McLaren 2002, 2007). Hooghe und Marks (2004, 2005) haben aus diesen Befunden gefolgert, die »Erklärungsleistung« kultureller Argumente übertrifft diejenige der diskutierten sozioökonomischen Konzepte. Ihre Abwägungen alternativer Erklärungsstrategien orientieren sich am Vergleich der Effektstärke, der Schätzfehler, der aus diesen Kriterien abgeleiteten Inferenzstatistik, der

<sup>9</sup> Die Heterogenität der Bewertungsbildung in den einzelnen Mitgliedstaaten wird durch die »Random Effects«  $\Psi_{2j}$  und  $\Psi_{3j}$  angezeigt, die systematische Differenzen der Wirkungen von LR und LRs<sub>q</sub> zwischen den Kontexten anzeigen. Tabelle 1 in Anhang B illustriert, dass diese Differenzen im Zeitverlauf sinken, sodass ein Trend zur Konvergenz der ideologischen Determinanten von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung gezeigt werden kann.

Validität und der Robustheit der jeweils erklärenden Variablen. Dieses »race of the variables« (vgl. kritisch King 1986) ist nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Messkonzepte und der Skalierung der Indikatoren problematisch, sondern wird besonders durch die Verschiedenheit der unterstellten kausalen Mechanismen verkompliziert. Die Schlussfolgerung von Hooghe und Marks (2004: 414), »identity appears to be the more powerful influence«, kann nicht einfach mit den von ihnen genannten Kriterien gerechtfertigt werden, denn die Integrationsunterstützung und das Bekenntnis zu einer europäischen Identität sind mindestens teilweise endogene Phänomene. Sie messen anteilig dasselbe Konstrukt und können deshalb kaum valide Aussagen über einen möglichen kausalen Effekt begründen.<sup>10</sup> Schließlich können Identitätskonzepte, die sich stets auf langfristig ausgebildete, affektive Bindungen beziehen, die abrupten Wechsel in der Dynamik von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung nicht hinreichend nachvollziehen.

Die empirischen Belege zum »National-Proxies«-Konzept sind dagegen gemischt. Bei den Modellen der Jahre 1973 und 1990 sind positive Bewertungen der Demokratie auf nationaler Ebene [SATISDMO] regelmäßig mit einer positiven Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbunden. Wird jedoch auch die Bewertung der Demokratie auf europäischer Ebene [SATISDEU] berücksichtigt, so dominiert die spezifische Bewertung der Demokratiequalität innerhalb der Europäischen Union die von Anderson (1998) herausgestellten nationalen »proxies«, etwa die Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler Ebene. Schließlich sind »opinion leaders« konsistent integrationsorientiert, während demografische Kontrollvariablen, etwa Alter oder Geschlecht, kaum einen statistisch signifikanten oder substanziell bedeutsamen Erklärungsbeitrag leisten.

## 6 Fazit

Dieser Beitrag hat unterschiedliche Erklärungsansätze zur Konjunktur euroskeptischer oder integrationsorientierter Einstellungen in den Mitgliedstaaten der EU-15 vorgestellt, diskutiert und mit umfangreichem empirischem Material

---

<sup>10</sup> Auch der von Hooghe und Marks (2005) an anderer Stelle vorgebrachte Befund, nationale Identitäten bestimmten die Beurteilung des Integrationsprojekts und nicht umgekehrt (vgl. in anderem Kontext auch Kritzinger 2003), kann dieses Endogenitätsproblem nicht auflösen; vielmehr müsste die weitere, theoretisch angeleitete Erforschung kultureller Motive der Präferenzbildung zur europäischen Integration Hypothesen entwickeln, die einen höheren Informationsgehalt aufweisen und konkret falsifizierbar sind.

systematisch getestet. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass gleichermaßen das »Policy-Appraisal«- und das Präferenzmodell durch die empirischen Befunde gestützt werden. Höher gebildete Bürger profitieren von der ökonomischen Integration und unterstützen die Europäische Union, geringer gebildete Bürger sind potenzielle Integrationsverlierer und neigen zu eher euroskeptischen Positionen. Zudem verweisen die Resultate auf die hohe Erklärungskraft ideologischer Politikpräferenzen, auf die Integrationsunterstützung des ideologischen Zentrums und auf den Euroskeptizismus auf der extremen Linken und Rechten des richtungspolitischen Spektrums. Diese sozioökonomischen Mechanismen, die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen, werden an den Kontexten nationaler Policy-Regimes gebrochen und sind zudem nur ein, wenngleich zentraler, Faktor, der neben anderen die instrumentelle, spezifische Unterstützung des Integrationsprojekts und der Europäischen Union erklärt.

Die empirischen Befunde bestätigen zweitens die robuste Wirksamkeit der im »Varieties-of-Capitalism«-Argument und im »Policy-Shift«-Modell formulierten Kontexteffekte und unterstreichen, dass innerhalb der Europäischen Union weiterhin kein homogener politischer Raum entstanden ist. Vielmehr unterscheiden sich sowohl das Niveau der Unterstützung des Integrationsprojekts als auch die Determinanten integrationsorientierter oder euroskeptischer Einstellungen weiter über die Kontexte der Mitgliedstaaten hinweg und im historischen Verlauf. Während die nationalen Kontexte, institutionelle Architekturen und sozioökonomische Policy-Regimes weiterhin die europapolitischen Orientierungen der Bürger beeinflussen und signifikant »einrahmen«, kann jedoch festgehalten werden, dass im gesamten Untersuchungszeitraum, besonders seit Ende der Achtzigerjahre, ein Trend zur Einebnung dieser Kontexteffekte eingesetzt hat. Lässt sich dieser Befund empirisch halten und weiter substantzieren, so könnte gefolgert werden, dass Tendenzen zur institutionellen Homogenisierung nationaler »Kapitalismen« auch in den Mechanismen der Präferenzbildung zur europäischen Integration nachvollzogen werden.

Der dritte vorgestellte Befund bezieht sich schließlich auf dynamische Aspekte, die Verschiebung der richtungspolitischen Gravitationszentren von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung. Während euroskeptische Positionen in den Siebziger- und Achtzigerjahren besonders von links artikuliert werden, wird die Union nun zunehmend von rechts kritisiert. Policy-Analyse und politische Kulturforschung gelangen an dieser Stelle zu unterschiedlichen Einschätzungen: Untersuchungen der Initiativen der Europäischen Kommission und der Urteile des Europäischen Gerichtshofes verweisen auf die weiterhin dominierende Rolle »negativer Integration« und teils aggressiv betriebener Anpassungs- und Deregulierungsprogramme (vgl. etwa Höpner/Schäfer und Scharpf in diesem Band). Kritiken am Integrationsprojekt werden dagegen

nicht durch die politische Linke, sondern durch die Rechte eingebracht, sodass vordergründig eine Verzerrung implementierter Politiken und ihrer Verarbeitung in der öffentlichen Meinung entsteht. Diese Differenz kann mit der Entwicklung von den Europäischen Gemeinschaften hin zur Europäischen Union, langfristig-historischen, die Mitgliedstaaten übergreifenden sozioökonomischen Paradigmenwechseln und der Mehrdimensionalität der Links-Rechts-Dimension erklärt werden.

Schließlich sollen auch die konzeptionellen und praktischen Grenzen dieser und ähnlich ausgerichteter Untersuchungen angesprochen werden. Die Untersuchung politischer Einstellungen scheitert häufig am Brückenschlag zum politischen Handeln, und die Kohärenz von Präferenzen und Handlungen, etwa der »Wahlentscheidung« bei Referenden zur europäischen Integration, kann nicht einfach unterstellt werden. Die vergleichende Erforschung einer nationalisierten oder europäisierten politischen Kultur kann deshalb potenziell wertvolle Hinweise auf anstehende Phasen der »Europhorie« oder der »Eurosklерose« geben, sie kann jedoch nicht das politische Verhalten der europäischen Öffentlichkeiten als eine technokratisch handhabbare Variable vorhersagen.

## Literatur

- Alesina, Alberto/Edward L. Spolaore, 2003: *The Size of Nations*. Cambridge, MA: MIT.
- Almond, Gabriel A., 1956: Comparative Political Systems. In: *Journal of Politics* 18, 391–409.
- Anderson, Christopher J., 1998: When in Doubt, Use Proxies: Attitudes Toward Domestic Politics and Support for European Integration. In: *Comparative Political Studies* 31, 569–601.
- Bowers, Jake/Katherine W. Drake, 2005: EDA for HLM: Visualization when Probabilistic Inference Fails. In: *Political Analysis* 13, 301–326.
- Brinegar, Adam/Seth Jolly, 2005: Location, Location, Location: National Contextual Factors and Public Support for European Integration. In: *European Union Politics* 6, 155–180.
- Brinegar, Adam/Seth Jolly/Herbert Kitschelt, 2004: Varieties of Capitalism and Political Divides Over European Integration. In: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.), *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bryk, Anthony S./Stephen W. Raudenbush, 2002: *Hierarchical Linear Models*. Newbury Park: Sage.
- Diez Medrano, Juan, 2003: *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*. Princeton: Princeton University Press.
- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Easton, David, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley and Sons.
- , 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5, 435–457.

- Eichenberg, Richard/Russel J. Dalton, 1993: Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration. In: *International Organization* 47, 507–534.
- , 2007: Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973–2004. In: *Acta Politica* 42, 128–152.
- Esping-Andersen, Gösta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- , 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Evans, Geoffrey/Sarah Butt, 2007: Explaining Change in British Public Opinion on the European Union: Top Down or Bottom Up? In: *Acta Politica* 42, 173–190.
- Franzese, Robert J., 2001: Institutional and Sectoral Interactions in Monetary Politics and Wage/Price-Bargaining. In: *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 104–144.
- Gabel, Matthew J., 1998: *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Gelman, Andrew/Jennifer Hill, 2007: *Data Analysis Using Regression and Multilevel/Hierarchical Models*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goldstein, Harvey, 1995: *Multilevel Statistical Models*. London: Edward Arnold.
- Haas, Ernst B., 1958: *The Uniting of Europe*. Stanford: Stanford University Press.
- Hall, Peter A./David Soskice (Hg.), 2001: *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hix, Simon, 2005: *The Political System of the European Union*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.
- , 2007: Euroscepticism as Anti-Centralisation: A Rational Choice Institutional Perspective. In: *European Union Politics* 8, 131–150.
- Hix, Simon/Christopher Lord, 1997: *Political Parties in the European Union*. New York: St. Martin's Press.
- Hooghe, Liesbet/Gary Marks, 2004: Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration? In: *PS: Political Science and Politics* 37, 415–420.
- , 2005: Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. In: *European Union Politics* 6, 419–443.
- , 2008: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science*, im Erscheinen.
- Inglehart, Ronald/Hans-Dieter Klingemann, 1978: Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics. In: Ian Budge/Ivor Crewe/Dennis Farlie (Hg.), *Party Identification and Beyond*. London: Wiley, 243–273.
- Iversen, Torben, 1999: *Contested Economic Institutions: The Politics of Wage Bargaining, Central Bank Independence and the Real Effects of Money*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kedar, Orit/W. Philipps Shivley, 2005: Introduction to the Special Issue. In: *Political Analysis* 13, 297–300.
- King, Gary, 1986: How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science. In: *American Journal of Political Science* 30, 666–687.
- King, Gary/Robert O. Keohane/Sidney Verba, 1994: *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kreft, Ita G.G./Jan DeLeeuw, 1998: *Introducing Multilevel Modeling*. London: Sage.

- Kritzinger, Sylvia, 2003: The Role of the Nation State on Individual Support for the European Union. In: *European Union Politics* 4, 219–241.
- Lewis-Beck, Michael S./Mary Stegmaier, 2000: Economic Determinants of Electoral Outcomes. In: *Annual Review of Political Science* 3, 183–219.
- Lindberg, Leon N./Stuart A. Scheingold, 1970: *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Marks, Gary/Marco R. Steenbergen, 2002: Understanding Political Contestation in the European Union. In: *Comparative Political Studies* 35, 879–892.
- (Hg.), 2004: *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McLaren, Lauren, 2002: Public Support for European Integration: Cost/Benefit Analysis of Perceived Cultural Threat? In: *Journal of Politics* 64, 551–566.
- , 2007: Explaining Mass-Level Euroskepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust. In: *Acta Politica* 42, 223–251.
- Rabe-Hesketh, Sophia/Anders Skrondal, 2005: *Multilevel and Longitudinal Modeling Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Ray, Leonard, 2003a: Reconsidering the Link between Incumbent Support and Pro-EU Opinion. In: *European Union Politics* 4, 259–279.
- , 2003b: When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration. In: *Journal of Politics* 65, 978–994.
- Scharpf, Fritz W., 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- , 1999: *Regieren in Europa: Effektiv und Demokratisch?* Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmitt, Hermann, 2003: The Eurobarometers: Their Evolution, Obvious Merits, and Ways to Add Values to Them. In: *European Union Politics* 4, 243–251.
- Snijders, Tom A.B./Roel J. Bosker, 1999: *Multilevel Analysis: An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*. London: Sage.
- Soskice, David, 1999: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Herbert Kitschelt et al. (Hg.), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, 101–134.
- Soskice, David/Torben Iversen, 1998: Multiple Wage-Bargaining Systems in the Single European Currency Area. In: *Oxford Review of Economic Policy* 14, 110–124.
- , 2000: The Non-Neutrality of Monetary Politics with Large Price or Wage Setters. In: *Quarterly Journal of Economics* 115, 265–284.
- Steenbergen, Marco R./Erica E. Edwards/Catherine E. de Vries, 2007: Who's Cueing Whom? Mass-Elite Linkages and the Future of European Integration. In: *European Union Politics* 8, 13–25.
- Steenbergen, Marco R./Bradford S. Jones, 2002: Modeling Multilevel Data Structures. In: *American Journal of Political Science* 46, 218–237.
- Tsebelis, George/Geoffrey Garrett, 2000: Legislative Politics in the European Union. In: *European Union Politics* 1, 9–36.
- van der Eijk, Cees/Mark Franklin, 1996: *Choosing Europe?* Ann Arbor: University of Michigan Press.

## Anhang A

### Die Spezifikation hierarchischer Mehrebenenmodelle

#### A.1 Der Datensatz

##### *Die Mikroebene einzelner Individuen*

Der »Mannheim Eurobarometer Trendfile 2.0« (ZA3521) dokumentiert stetig wiederkehrende Fragen der »European Community Studies« (ECS) und der Eurobarometer (EB) in den jeweiligen Mitgliedstaaten der Europäischen Union von 1970 bis 2002. Über diesen Zeitraum hinweg kumuliert der Datensatz mehr als 1,1 Million einzelne Befragte. Details zur Aufbereitung der Studien und ein Codebook können unter [www.gesis.org/en/data\\_service/eurobarometer/standard\\_eb\\_trend/trendfile.htm](http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/standard_eb_trend/trendfile.htm) abgerufen werden.

MEMBRSHP	Bewertung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (0 = »a bad thing«, 1 = »neither good nor bad«, 3 = »a good thing«; »MEMBRSHP« in ZA3521)
BENEFIT	Nutzen der Mitgliedschaft für den jeweiligen Nationalstaat (0= »not benefitted«, 1 = »benefitted«; »BENEFIT« in ZA3521)
EDUC	Dauer der Schulausbildung (in Jahren; »EDUC« in ZA3521)
LR	Policy-Präferenzen auf der (zentrierten) Links-Rechts-Skala (»LRS« in ZA3521)
LRSQ	Policy-Präferenzen auf der (zentrierten) Links-Rechts-Skala (quadriert) (»LRS« in ZA3521)
CITIZEN-EXCL	exklusiv nationale Staatsangehörigkeit (0 = »nein«, 1 = »ja«; »CITIZEN« in ZA3521)
NAT-EXCL	exklusiv nationale Identität (0= »nein«, 1= »ja«; »FEEL« in ZA3521)
SATISDMO	Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler Ebene (0 = »nein«, 1 = »ja«; »SATISDMO« in ZA3521)
SATISDEU	Zufriedenheit mit der Demokratie auf EU-Ebene (0 = »nein«, 1 = »ja«; »SATISDEU« in ZA3521)
OLI	Index der Meinungsführerschaft (»opinion leadership«; »OLI« in ZA3521)
AGE	Alter des Befragten (in Jahren; »AGE« in ZA3521)
SEX	Geschlecht des Befragten (0 = »weiblich«, 1 = »männlich«; »SEX« in ZA3521)

*Die Makroebene der Mitgliedstaaten*

VOC-LIB	liberales Institutionenmodell (Großbritannien und Irland; 0 = »nein«, 1 = »ja«)
VOC-SD	sozialdemokratisches Institutionenmodell (Dänemark, Finnland und Schweden; 0 = »nein«, 1 = »ja«)
VOC-CEN	zentristisches/konservatives Institutionenmodell (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien; 0 = »nein«, 1 = »ja«)

Um eine bessere Lesbarkeit der Koeffizienten zu erreichen, werden die einzelnen Variablen durch eine  $\tilde{x}$ -Transformation [ $\tilde{x} = \bar{x}\delta_x^{-1}$ ] standardisiert, sodass sie ein arithmetisches Mittel von  $\tilde{x} = 0$  und eine Standardabweichung von  $\delta_{\tilde{x}} = 1$  aufweisen.

## A.2 »Fixed-Effects«- und »Random-Effects«-Modelle

Theoretisch-systematische, problemorientierte Einführungen in die Mehrebenenanalyse bieten (Bryk/Raudenbush 2002; Gelman/Hill 2007; Goldstein 1995; Kreft/DeLeeuw 1998; Rabe-Hesketh/Skrondal 2005; Snijders/Bosker 1999; Steenbergen/Jones 2002). Darüber hinaus illustriert eine von Kedar und Shivley (2005) edierte Sonderausgabe des Methodenjournals *Political Analysis* Möglichkeiten und Grenzen und einige praktische Anwendungen zweistufiger Mehrebenenmodelle in der Vergleichenden Politikwissenschaft.

»Random-Intercept«-Modelle (RI) sind eine Weiterentwicklung der klassischen ANCOVA-Modelle (»analysis of covariance«). Sie sehen auf den hierarchisch geordneten Ebenen des Modells variable Regressionskonstanten vor und modellieren damit etwa Differenzen der länderspezifischen Ausprägungen von Euroskeptizismus und Integrationsunterstützung. Sie halten jedoch an der »Unit-Homogeneity«-Annahme konventioneller Regressionsmodelle (vgl. King et al. 1994: 91–94) insofern fest, als sie weiterhin über alle Kontexte hinweg stabile Effektparameter der unabhängigen Variablen unterstellen. »Random-Coefficient«-Modelle (RC) ermöglichen darüber hinaus die Modellierung heterogener Effektparameter einzelner Variablen, etwa über die Kontexte einzelner Vergleichsstaaten hinweg, und können damit auch Konstellationen modellieren, in denen

- einmal die Unterstützung des Integrationsprojekts positiv mit einem Erklärungsfaktor variiert [ $X \rightarrow \text{MEMBERSHIP}$ ] und

- in einem anderen institutionellen Kontext ein negativer Zusammenhang bei-  
der Variablen vorliegt [ $-X \rightarrow \text{MEMBRSHP}$ ].

Die Individualeffekte  $i$  wirken in den heterogenen Kontexten der Mitgliedstaat-  
ten  $j$ , die durch »zentristische«, sozialdemokratische und liberale »Varieties of  
Capitalism« wie durch jeweils nationale Policy-Regimes definiert werden. Die  
jeweiligen Beziehungen von anhängiger und unabhängiger Variable können als  
Funktion von Kontexteffekten formuliert werden:

*Das Modell auf der Individualebene (i):*

Im Folgenden wird exemplarisch ein Modell spezifiziert, das »Random Effects«  
für die Wirkungen des Bildungsniveaus [ $\beta_{1j}educ_i$ ], der Policy-Präferenzen auf  
der Links-Rechts-Dimension [ $\beta_{2j}LR_i$ ] und die Auswirkungen »extremer« ideo-  
logischer Präferenzen [ $\beta_{3j}LRsq_i$ ] vorsieht:

$$\begin{aligned} E[\text{membrshp} | x_i] &= \beta_{1j}educ_i + \beta_{2j}LR_i + \beta_{3j}LRsq_i \\ &+ \beta_{4j}citizen - excl_i + \beta_{5j}nat - excl_i + \beta_{6j}satisdmo_i + \beta_{7j}satisden_i \\ &+ \beta_{8j}oli_i + \beta_{9j}age_i + \beta_{10j}sex_i \\ &+ \beta_{0j} + \varepsilon_{ij} \end{aligned}$$

*Das Modell auf der nationalen Kontextebene (j)*

Die Effekte des Individualmodells (und ihre Schwankungen über die Länder-  
kontexte  $j$  hinweg) werden durch Einflüsse auf der Makroebene begründet. Dies  
wird im Folgenden exemplarisch für das »Policy-Appraisal«-Modell gezeigt, das  
die Effekte des Bildungsniveaus [EDUC] auf die Unterstützung der Europäischen  
Union durch seine Interaktion mit den Kontexten unterschiedlicher »Varieties  
of Capitalism« [ $voc-lib,educ_j$ ,  $voc-sd,educ_j$ ] begründet:

$$\begin{aligned} \beta_{0j} &= \gamma_{01} + \gamma_{02}voc - lib_j + \gamma_{03}voc - sd + \zeta_{0j} \\ \beta_{1j} &= \gamma_{11} + \gamma_{12}voc - lib_j + \gamma_{13}voc - sd + \zeta_{1j} \end{aligned}$$

$$\beta_{2j} = \gamma_{21} + \zeta_{2j}$$

$$\beta_{3j} = \gamma_{31} + \zeta_{3j}$$

Das integrierte Modell ( $i \cdot j$ ):

$$\begin{aligned}
 E[\text{membrshp} | x_i, x_j, \zeta_j] &= \gamma_{11} \text{educ}_i + \gamma_{12} \text{voc} - \text{lib}_j \text{educ}_i + \gamma_{13} \text{voc} - \text{sd}_j \text{educ}_i + \zeta_{1j} \text{educ}_i \\
 &+ \gamma_{21} \text{LR}_i + \zeta_{2j} \text{LR}_i + \gamma_{31} \text{LRsq}_i + \zeta_{3j} \text{LRsq} \\
 &+ \beta_4 \text{citizen} - \text{excl}_i + \beta_5 \text{nat} - \text{excl}_i \\
 &+ \beta_6 \text{satisdmo}_i + \beta_7 \text{satisdeu}_i \\
 &+ \beta_8 \text{oli}_i + \beta_9 \text{age}_i + \beta_{10} \text{sex}_i \\
 &+ \gamma_{01} + \gamma_{02} \text{voc} - \text{lib}_j + \gamma_{03} \text{voc} - \text{sd}_j + \varepsilon_{ij}
 \end{aligned}$$

Eine voll spezifizierte Mehrebenenanalyse enthält neben diesem deskriptiven Strukturmodell ein stochastisches Modell, das die Verteilung der Varianzkomponenten ( $\zeta$ ) und des Fehlerterms angibt. Dabei wird regelmäßig unterstellt, dass diese Terme unabhängig voneinander normalverteilt sind:

$$\zeta \sim N[0, \psi]; \varepsilon_{ijk} \sim N[0, \theta]$$

»Random-Intercept«- und »Random-Coefficient«-Modelle werden meist via »Restricted Maximum Likelihood« geschätzt, und neben spezialisierter Software wie *HLM* oder *MLwiN* sind diese Routinen auch in umfassenden Paketen wie *Stata* oder *R* implementiert.

## Anhang B

### Empirische Resultate der Mehrebenenmodelle

Tabelle 1 Mehrebenenmodelle der Unterstützung für die Europäische Union

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1973	1973	1990	1990	2001	2001
<b>Individualebene (i)</b>						
Bildung [EDUC]	0,09** (0,03)	0,07*** (0,01)	0,04 (0,02)	0,03* (0,01)	0,05*** (0,01)	0,04** (0,01)
Links-Rechts [LR]	0,14** (0,05)	0,07*** (0,01)	0,05 (0,04)	0,05*** (0,01)	0,04 (0,02)	0,02 (0,01)
Links-Rechts (quad.) [LRsq]	-0,04** (0,01)	-0,04*** (0,01)	-0,05*** (0,01)	-0,03** (0,01)	-0,04* (0,02)	-0,04** (0,01)
Demokratiezuf. [SATISDMO]	0,14*** (0,01)	0,14*** (0,01)	0,15*** (0,01)	0,14*** (0,01)	0,03 (0,01)	0,02 (0,01)
Demokratiezuf. (EU) [SATISDEU]					0,27*** (0,01)	0,27*** (0,01)
Identität exkl. National [NAT-EXCL]					-0,20*** (0,01)	-0,20*** (0,01)
Staatsbürgerschaft exkl. National [CITIZEN-EXCL]			-0,16*** (0,01)	-0,16*** (0,01)		
»Opinion Leadership« [OLI]	0,10*** (0,01)	0,10*** (0,01)	0,02* (0,01)	0,02 (0,01)	0,07*** (0,01)	0,07*** (0,01)
Alter [AGE]	-0,02 (0,01)	-0,02 (0,01)	-0,01 (0,01)	-0,01 (0,01)	-0,01 (0,01)	-0,01 (0,01)
Geschlecht [SEX]	0,04*** (0,01)	0,04*** (0,01)	0,00 (0,01)	0,00 (0,01)	0,03** (0,01)	0,03** (0,01)
<b>Nationale Ebene (j)</b>						
VOC:liberal [VOC-LIB]		-0,31*** (0,05)		-0,20*** (0,05)		-0,18** (0,06)
VOC: sozial- demokratisch [VOC-SD]		-0,22** (0,07)		-0,21*** (0,06)		-0,17*** (0,05)

## Fortsetzung Tabelle 1

Cross-level interactions ( <i>i</i> · <i>j</i> )						
VOC:liberal • LR [VOC-LIB • LR]	0,04*** (0,01)			-0,04*** (0,01)		-0,04** (0,01)
VOC:sozdem. • LR [VOC-SD • LR]	0,16*** (0,01)			0,10*** (0,02)		0,05*** (0,01)
VOC:liberal • LRsq [VOC-LIB • LRsq]	-0,00 (0,01)			-0,01 (0,01)		0,00 (0,02)
VOC:sozdem. • LRsq [VOC-LIB • LRsq]	-0,01 (0,02)			0,00 (0,02)		-0,01 (0,01)
VOC:liberal • Bildung [VOC-LIB • educ]	0,10*** (0,02)			0,10*** (0,02)		0,06* (0,02)
VOC:sozdem • Bildung [VOC-SD • educ]	-0,05* (0,02)			-0,03 (0,02)		0,02 (0,02)
Konstante	0,08 (0,12)	0,09 (0,06)	0,17* (0,07)	0,15*** (0,04)	-0,05 (0,07)	-0,03 (0,05)
Random Effects						
$\Psi_{1j}$ [educ]	0,08*** (0,02)		0,06*** (0,02)		0,03*** (0,02)	
$\Psi_{2j}$ [LR]	0,15*** (0,04)		0,13*** (0,03)		0,08*** (0,06)	
$\Psi_{3j}$ [LRsq]	0,03*** (0,01)		0,14** (0,02)		0,05*** (0,02)	
$\Psi_{0j}$	0,37*** (0,09)	0,17*** (0,05)	0,25*** (0,05)	0,14*** (0,04)	0,28*** (0,05)	0,20*** (0,04)
$\theta$	0,87*** (0,01)	0,87*** (0,01)	0,84*** (0,01)	0,85*** (0,01)	0,86*** (0,01)	0,87*** (0,01)
<i>N</i>	7.900	7.900	6.374	6.374	7.044	7.044
log. Likelihood	-10220,28	-10218,06	-8011,95	-8037,42	-9037,16	-9050,72

RI = »Random-Intercept«-Modelle; RC = »Random-Coefficient«-Modelle. Referenzkategorie ist die Gruppe »konservativer« oder »zentristischer« Wohlfahrtsstaaten; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .